

## ÜBERSICHT

### AUSSENPOLITIK

#### BRD

##### (1) Jugendverbände nach China

Peking hat eine Delegation des Deutschen Bundesjugendringes sowie Jungpolitiker der im Bundestag vertretenen Parteien zu einem Besuch eingeladen. Dies wird der bislang 5. offizielle politische Besuch aus der Bundesrepublik in der chinesischen Hauptstadt sein. Die Delegation wird am 12. April für die Dauer von 3 Wochen abreisen.

Schwerpunkt des Besuches soll die Erörterung der Frage sein, wie eine Zusammenarbeit der Jugendlichen beider Länder in Gang gebracht werden kann. Bereits jetzt steht fest, daß zum Jahreswechsel 1974/75 eine Abordnung des Zentralkomitees der Jugendliga zu einem Gegenbesuch in die BRD reisen wird.

An der bundesdeutschen Delegation beteiligen sich außer drei Bundestagsabgeordneten von SPD, CDU/CSU und FDP folgende dem Deutschen Bundesjugendring angehörende Verbände: Gewerkschaftsjugend, Beamtenjugendbund, Jugend-Rot-Kreuz, Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken, Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend und Bund Deutscher Katholischer Jugend und ein Vertreter der Landesjugendringe (FAZ, 9.2.74).

##### (2) Chinesisches Konsulat in Hamburg?

Der Leiter des Hamburgischen Staatsamtes, Dr. Groothoff, erläuterte in einem Interview (Welt, 13.2.74) aus Anlaß der Errichtung von sechs neuen Generalkonsulaten in der Hansestadt, Hamburg bemühe sich vordringlich darum, Ostblockländer und China für die Hansestadt zu interessieren. Auf der Prioritätsliste ständen Polen und China ganz oben. Das besondere Interesse Hamburgs an der Errichtung eines chinesischen Generalkonsulates hatte Bürgermeister Schulz bereits im Herbst Bundesaußenminister Walter Scheel schriftlich mitgeteilt. Der Senat führte bereits Gespräche mit dem chinesischen Botschafter Wang Yü-tien in Bonn und Hamburg, die ergänzt wurden durch Kontakte Hamburger Kaufleute in China, um Peking für eine konsularische Dependence an der Elbe zu gewinnen. Bei seinem Besuch in Hamburg soll der Chinesische Botschafter Interesse an einem Konsulat bekundet haben.

##### (3) Streikbericht

Nüchtern kommentierte die chinesische Nachrichtenagentur (NCNA, 16.2.74) Streikansätze in der Bundesrepublik: "Der landesweite Streik der im westdeutschen öffentlichen Dienst Beschäftigten, der am 10. Februar begann, wurde nach viertägigem Kampf siegreich beendet. Am 14. Februar mußten die westdeutschen Behörden Lohn- und Gehaltserhöhungen um 11% für die im öffentlichen Dienst Beschäftigten zustimmen. Dieser Streik war der größte im westdeutschen öffentlichen Dienst. Lt. einer Mitteilung des westdeutschen statistischen Bundesamtes in Wiesbaden nahmen seit Beginn

d.J. nahezu 185.000 Arbeitnehmer an verschiedenen Streiks teil, wodurch für die betroffenen Arbeitgeber ein Verlust von nahezu 563.000 Arbeitstagen entstand. Der durch den gegenwärtigen Streik der im öffentlichen Dienst Beschäftigten verursachte Verlust an Arbeitstagen entsprach allein schon dem Gesamtverlust an Arbeitstagen im Jahre 1973." (NCNA, 16.2.74)

### WESTEUROPA

##### (4) Eindrücke einer Schweizer Delegation

"Das chinesische Volk verfügt ... praktisch über alles, was es für den Lebensunterhalt unbedingt benötigt. Die Nahrungsmittelversorgung funktioniert, die Lebensmittelgeschäfte in den Großstädten sind reich an Angeboten, Hunger gibt es im Lande nicht. Jede Familie, sei es in einer städtischen Betriebswohnung oder in einer Landkommune, besitzt ihre eigene Wohnung. Die Wohnungen sind allerdings sehr einfach und klein, häufig überbelegt mit drei oder gar vier Generationen. Arbeit ist ausreichend vorhanden - dafür sorgt der Staat. Die Vollbeschäftigung ist wohl eine der größten Leistungen ... der kommunistischen Regierung. Auch die große Mehrheit der Frauen ist erwerbstätig. Für gleiche Arbeit gilt gleicher Lohn, ohne Rücksicht auf Geschlecht oder Dienstalder. Aber das Lohnniveau ist tief, 90 bis 150 Franken pro Monat.

Gearbeitet wird während 6 Tagen. Nur gerade der Sonntag ist frei, in der Landwirtschaft allerdings nur jeder zweite. Ferien gibt es keine, es sei denn, man betrachtet die übers Jahr verteilten 6 staatlichen Feiertage als solche. Dank äußerst sparsamer Lebenshaltung gelingt es aber den meisten Chinesen, noch kleine Ersparnisse zu machen, wofür die Staatsbank einen bescheidenen Zins entrichtet. Luxus kennt China nicht, und der Alltag läßt praktisch kaum Spielraum für echte persönliche Freiheit. In China trifft auf 2333 Einwohner ein Fernsehapparat, auf 8503 Einwohner ein Auto. In der Schweiz fallen dieselben Güter auf 5,4 Einwohner. Symbol für den Wohlstand in China ist höchstens das Fahrrad, wofür durchschnittlich zwei Monatsaläre aufzuwenden sind. Wie weit die Chinesen diesen puritanischen Alltag freiwillig akzeptieren, verschließt sich allerdings dem fremden Beobachter." (NZZ, 26.1.74)

##### (5) Kommentar zur Energiekonferenz

Sachlich kommentiert Peking die Konferenz der westlichen Erdölverbraucherstaaten in Washington und die Haltung Frankreichs: "Dabei verfolgten die USA das Ziel, zuerst eine Einheitsfront der Erdölverbraucherstaaten zu bilden gegen die Ölländer im Nahen Osten und der arabischen Welt. .... Zweitens versuchten die USA unter dem Vorwand der Lösung allerlei Probleme, die die Energiekrise der Wirtschaft und dem Finanzwesen des Kapitalismus beigebracht hat, und unter Ausnutzung der Schwierigkeiten Westeuropas und Japans in der Frage der Energiequellen ihre politi-

sche und wirtschaftliche Kontrolle über Westeuropa und Japan zu verstärken, um ihre Hegemonie in der westlichen Welt wiederherzustellen und schließlich ihr Ringen mit der anderen Supermacht, dem sowjetrevisionistischen Sozialimperialisismus, in Nahost und in Europa zu intensivieren....

Über zwei Probleme wurde gesprochen. Das eine war, ob man ein Ständiges Organ der Erdölverbraucherstaaten errichten solle oder nicht. Das andere war, ob die Erdölverbraucherstaaten berechtigt seien, selbst zur Lösung ihrer eigenen Energiequellen mit den Erdölländern bilaterale Abkommen zu treffen. Der USA-Außenminister Kissinger .... führte die Werbetrömmel für die sog. Zusammenarbeit zwischen den Erdölverbraucherstaaten und den Ölländern..... Er betonte, daß ein zügelloser Bilateralismus sicherlich katastrophale politische und wirtschaftliche Folgen mit sich bringen würde. .... Auf der Konferenz trat der französische Außenminister Jobert beharrlich gegen Kissingers Vorschlag zur Bildung einer Koordinierungsgruppe auf und äußerte die Sorge, daß dies den Eindruck erwecken könne, diese Konferenz wolle eine Aktionseinheit der Erdölverbraucherstaaten festlegen (Radio Peking, deutsch, 16.2.74).

#### (6) Hsinhua zitiert Außenminister Scheel und Bundeskanzler Brandt: Verstärkte Verteidigungsanstrengungen der westlichen Gemeinschaft und Zusammenarbeit mit USA

Die chinesische Presse schweigt sich aus über die Unstimmigkeiten der letzten Zeit innerhalb der EG. Peking kommt es weiterhin darauf an, ein sich stärkendes Europa zu zeichnen. Aus dieser Warte zitierte die chinesische Nachrichtenagentur Außenminister Scheel: (NCNA, 19.2.74) Der westdeutsche Außenminister Walter Scheel erklärte angesichts der energischen sowjetischen Aufrüstung, die westliche Gemeinschaft sollte ihre Verteidigungsanstrengungen durch eine gemeinsame Politik europäischer Sicherheit erhöhen. Scheel machte diese Ausführungen in einem Referat auf der internationalen Konferenz über Verteidigungsfragen, die am 16. Februar in München stattfand. Die Konferenz wurde von der westdeutschen Zeitschrift "Wehrkunde" veranstaltet, um westeuropäische Verteidigungsfragen zu erörtern. Im Hinblick auf die ständige Aufrüstung der Sowjetunion betonte Scheel, daß die UdSSR die Entwicklung ihrer strategischen Kernwaffen intensiviere und eine "globale Seemacht" aufbaue. Die drei Sowjetflotten um Europa herum, die getrennt im Arktischen Ozean, in der Ostsee und im Mittelmeer stationiert sind, seien im Besitz einer wachsenden Anzahl von U-Booten. Die Aufrüstung zur See stelle eine neue Gefahr für den logistischen Nachschub des NATO-Bündnisses im Notfall dar. Die Überlegenheit der sowjetischen konventionellen Rüstung in Europa bestehe seit langem. Die Agentur streicht durch geschicktes Zitieren weiter Chinas Zustimmung zu den US-Stationierungstruppen heraus: "Bei der Schaffung der europäischen Verteidigung dürfe es keine Lockerung der Atlantischen Gemeinschaft geben, die für die Verteidigungsfähigkeit und -bereitschaft Westdeutschlands "lebenswichtig" sei, erklärte Scheel. Für die Atlantische Gemeinschaft sei die Anwesenheit amerikanischer Streitkräfte in Europa und die Integration der US-Streitkräfte unerlässlich.....

In der gleichen Weise werden Reden von Bundeskanzler Willi Brandt analysiert (NCNA, 25.2.74). "Der westdeutsche Kanzler Willi Brandt hat in kürzlich gehaltenen Reden seine Besorgnis über die erheblichen Schwierigkeiten zum Ausdruck gebracht, vor denen Westdeutschland sowohl auf diplomatischem als auf wirtschaftlichem Gebiet steht..... Ebenfalls sagte er: "Wir müssen in Betracht ziehen, daß die Wachstumsraten unserer Wirtschaft geringer werden und daß es keinen Grund gibt, die großen Herausforderungen, mit denen wir fertigwerden müssen, zu unterschätzen oder zu bagatellisieren"..... In einer anderen Rede am gleichen Tage meinte Brandt, daß 'obgleich es Schwierigkeiten in der europäischen Einigung gäbe - wir es uns nicht erlauben dürfen, von dem Weg abzugehen, von dem wir wissen, daß es der richtige ist, und das ist der Weg, der über die Wirtschafts- und Finanzunion zu einer politischen Einigung führt.' Er betonte, daß es zu dieser Politik keine vernünftige Alternative weder für uns noch für unsere Partner gäbe. Brandt betonte ebenfalls, daß die Sicherheitsinteressen Westeuropas und der USA identisch seien und daß Westdeutschland an dem Atlantik-Bündnis festhalten müsse. Die USA und Westeuropa müßten eine Partnerschaft schaffen, die auf gleichen Rechten beruhe, erklärte er."

#### (7) Großbritannien: Gegen Konservative und Labour-Partei

Peking kritisierte vor den Wahlen Premierminister Heath, der noch 1970 in der VRCh eine positive Presse hatte, weil er die britische Mitgliedschaft in der EG sicherte und eine Stärkung Westeuropas als Barriere gegenüber der Sowjetmacht versprach. Die Volkszeitung hat in einem Artikel vom 15.2. den "gerechten Kampf" der britischen Kohlenbergleute kommentiert und die Heath-Regierung beschuldigt, sie greife zu Wahlen, um die Forderung der Kohlenbergarbeiter zu umgehen. Ebenso wendete sich das Blatt gegen die Labour-Partei. Nach der Volkszeitung hofften auch die Labour-Führer, daß der Streik beiseitegeschoben werde. Dies zeige, daß die beiden britischen Parteien, ganz gleich unter welcher Überschrift, nur für die britische Monopolkapitalistenklasse sprächen und in keiner Weise die Interessen der britischen Arbeiterschaft verträten (Times, 25.2.74).

### SOWJETUNION UND OSTEUROPA

#### (8) Erste internationale Langstrecke eröffnet

Am 31. Januar startete die erste Non-Stop-Maschine der chinesischen Luftfahrtgesellschaft mit 65 Passagieren an Bord - und mit einer sowjetischen Langstreckenmaschine - in Richtung Moskau. Einige Zeit hatte man geglaubt, daß nach dem neuen heftigen Ausbruch sowjetischer Streitigkeiten das Vorhaben gefährdet wäre. Am 2. Februar nahm dann auch die sowjetische Aeroflot ihre regelmäßigen Direktflüge von Moskau nach Peking auf.

#### (9) Kommentar Moskaus zum Militärrevirement

"Bis vor kurzem noch schien Mao Tse-tung mit der Konzentration der örtlichen Macht in den Händen des Armeekom-

mandos recht zufrieden. Aber nach dem Lin-Piao-Fall wurde dieses System, unter dem die Distriktkommandeure und politischen Kommissare gleichzeitig die Posten der 1. Sekretäre der Parteikomitees und der Vorsitzenden der Revolutionskomitees der größten Provinzen Chinas einnahmen, für Mao Tse-tung zu einem Herd wachsender Besorgnis, weil es den Kommandeuren ein gewisses Maß an Selbständigkeit gab und separatistische Tendenzen förderte..... Trotz der Umbesetzungen aber überläßt Mao der Armee nach wie vor die Rolle des Hauptkrafthebels in seinen Bemühungen, seinen Kurs für viele Jahre im voraus zu sichern und im Lande die Atmosphäre einer belagerten Festung zu schaffen und China in eine nukleare Raketensupermacht zu verwandeln, die in der Lage ist, ihre Bedingungen in der Weltarena zu diktieren. Die Kommandeursumgruppierungen und eine gewisse Schwächung ihres Einflusses auf das politische Leben des Landes ändern keinesfalls den Charakter des derzeitigen militär-bürokratischen Regimes in China. Erklärungen über die Stärkung der Rolle der Partei sind nichts als bloße Worte. Es ist nicht die Partei, noch ist es das Zentralkomitee, sondern Mao Tse-tung und eine kleine Gruppe von Personen aus seiner unmittelbaren Umgebung, die über die grundlegenden Probleme des Landes entscheiden. Die Kommandeursumgruppierung ist ein weiteres Indiz für die Labilität der Situation und für den andauernden inneren politischen Kampf in China. Sie hinterläßt das Wesen der Diktatur der maoistischen Gruppe unverändert; ihr alleiniger Zweck besteht darin, die Armee - ihre Hauptstütze - leichter kontrollieren zu können" (Tass, englisch, 6.2.74).

#### (10) Enthüllungen aus Yenan: Vladimirov und Braun

In den letzten Wochen wurde in der Sowjetunion ein 655-seitiges Buch mit dem Titel "Chinas Sonderregionen, 1942 bis 1945" veröffentlicht, das von Peter P. Vladimirov als Tagebuch verfaßt wurde, einem Mann, der während der Yenan-Jahre als Komintern-Abgesandter und TASS-Korrespondent im nordwestlichen China tätig war. Die Ausgabe, die in 150.000 Stück von der Novosti-Pressagentur gedruckt wurde, war innerhalb kürzester Zeit ausverkauft.

Vladimirov berichtet über Mao, der einerseits in der Öffentlichkeit Stalin stets gepriesen, im Zwiegespräch aber ganz andere Gedanken verlautbart habe. Mao habe da einmal unter vier Augen beispielsweise ausgeführt: "Stalin weiß überhaupt nichts über China, aber er steckt seine Nase überall hinein und gibt über alles sein Urteil ab. All seine sogenannten Thesen über unsere Revolution sind nichts als sinnloses Dahergerede. Und im Komintern schwatzt man denselben Unsinn nach."

Besonders ausführlich geht der Autor auf die Ausrichtungsbewegung von 1942 ein, bei der es den Maoisten vor allem darum gegangen sei, die Moskau-Heimkehrer zu beseitigen. Der Schlimmste von allen sei K'ang Sheng gewesen, der nach Vladimirovs Urteil speziell auf die Säuberung Pro-Moskauer Kräfte angesetzt gewesen sei. Der Autor meinte schließlich auch, sichere Kunde davon bekommen zu haben, daß mehrere Anhänger vergiftet worden seien, daß Kommunisten heimlich Kontakt zu den Japanern unterhalten hätten und auch am Opium-Handel beteiligt gewesen seien. Hier allerdings

scheint das Tagebuch die Grenzen zwischen Tatsachen und Gerüchten überschritten zu haben.

Das Tagebuch des Russen wurde erst jetzt - 20 Jahre nach dem Tode des Autors von der Moskauer Agentur Novosti als Anti-Mao-Pamphlet zugänglich gemacht. (P.P. Vladimirov: "Chinas Sonderregionen 1942-1945", Moskau, Verlag Novosti).

Der Bericht kommt parallel zu den Erinnerungen von Otto Braun auf den Markt, dem deutschen Kommunisten, der unter gleichen Vorzeichen sein Tagebuch aus der Yenan-Zeit und dem Langen Marsch veröffentlichte. (Otto Braun: "Chinesische Aufzeichnungen", (1932-1939), Dietz-Verlag, Berlin 1973, 390 S.)

Vladimirov und Braun wollen zeigen, wie antisowjetisch der Maoismus schon seit seiner Frühphase gewesen ist. Typische Züge der maoistischen Taktik seien Heuchelei und Doppelzüngigkeit. Mao sei von einer tiefen Feindseligkeit gegenüber der Sowjetunion besessen und sehe in der Sowjetunion einen idealen Gegner. Rechtzeitig zur laufenden Konfuzius-Kampagne heißt es bei Vladimirov, daß Mao ständig den Philosophen im Munde geführt habe. Weiter charakterisiert der Autor den wegen sowjetfreundlicher Neigungen ausgeschalteten Kao Kang, den früheren Verteidigungsminister P'eng Teh-huai und natürlich Marschall Lin Piao. Ministerpräsident Chou En-lai kommt als Opportunist glimpflich davon (Spiegel, 25.2.74).

#### (11) Sino-sowjetische Polemik

a) Neues über den "Sozialimperialismus" in westlichen Zeitungen

Hsinhua fährt mit seiner Praxis fort, Artikel aus westlichen Zeitungen nachzudrucken, die mit dem Sozialimperialismus ins Gericht gehen. In der Hsinhua-Ausgabe vom 28.1.74 (NCNA) erschienen gleich zwei Artikel, einer aus der griechischen Wochenzeitung ECHO und einer aus der thailändischen Wochenzeitung "BANGKOK NEWS REVIEW" vom 9. Januar, in der die ozeanische Hegemonie und die Politik Moskaus angeprangert wird, die ganz darauf aus sei, zaristische Bestrebungen nun endlich zu verwirklichen in vor allem Nahost, im Persischen Golf und im Indischen Ozean. Die Sowjetunion versuche, auf den Ruinen der alten Kolonialwelt, vor allem Großbritanniens, ein neues Empire zu errichten.

b) Zum Thema "Sowjetspionage"

Nach der Ausweisung fünf sowjetischer, als Spione angeklagter Diplomaten Moskaus ist das Thema Spionage nun auch in der chinesischen Presse häufiger nachzulesen. Drei Beispiele:

- Im Zusammenhang mit dem Besuch Breschnews in Cuba weist Hsinhua (NCNA, 3.2.74) darauf hin, daß in den letzten beiden Jahren aus mehreren lateinamerikanischen Ländern über 100 Sowjetdiplomaten als Spione ausgewiesen worden seien.

- Auch nach Bangkok habe die Sowjetunion einen Diplomaten entsandt, der 1971 aus Großbritannien wegen Spionage ausgewiesen worden sei. Ohne Zweifel sei die Sowjet-

union stark am Indischen Ozean und an Südostasien interessiert. Was wäre wohl für KGB-Leute ein interessanter Arbeitsplatz in Asien als Bangkok, der Mittelpunkt aller diplomatischen und politischen Aktivität in diesem kritischen Gebiet? ! (NCNA, 2.2.74)

- Schließlich zitiert Hsinhua (1.2.74) die westdeutsche Zeitung "Die Welt", die in ihrer Ausgabe vom 24. September einen ausführlichen Bericht über die Spionagetätigkeit der sowjetischen Militärmission in Westdeutschland bringt.

c) Peking warnt Lateinamerika vor sowjetischer Infiltration  
Zum Abschluß des Besuches des sowjetischen Parteichefs Breschnew in Cuba betont Hsinhua (über Radio Peking, deutsch, 2.2.74), daß der Kreml unter dem Aushängeschild des Anti-Imperialismus und der Unterstützung "militärische Expansion" in Lateinamerika treibe. Nach der Errichtung einer Marine- und Luftbasis im karibischen Raum hätten sich seit Juli 1969 sowjetische Schiffsverbände einschl. Raketenkreuzern, Zerstörern und Atom-U-Booten neunmal in das karibische Meer und in andere Gewässer der westlichen Hemisphäre begeben. Die Flottenoperationen konzentrierten sich auf den Golf von Mexico und die Gewässer nördlich von Panama. Auch die Magellan-Straße werde angelaufen.

Wie die lateinamerikanischen Länder recht wohl wüßten, hätten sich die sowjetischen Revisionisten wiederholt geweigert, das Zusatzprotokoll Nr. 2 zum "Vertrag über das Verbot nuklearer Waffen in Lateinamerika" zu unterzeichnen. Sie seien also keineswegs bereit, die Verantwortung für die Errichtung einer lateinamerikanischen nuklearfreien Zone zu übernehmen. Diese Weigerung sei bezeichnend für die expansionistischen Pläne Moskaus.

Die Sowjetunion habe im Rahmen von Handelsabkommen und Wirtschaftshilfe Munition an lateinamerikanische Länder geliefert, sie habe diesen Ländern auch veraltete und schlechte Ausrüstungen, Maschinen und Ersatzteile verkauft und im Namen der "technischen Unterstützung" eine große Zahl von Fachleuten, Ingenieuren und technischem Personal nach dem Innern und den Küstengebieten einiger Länder entsandt, damit sie dort geologische, mineralogische und hydrologische Informationen sammeln. Unter der Bezeichnung von "Diplomaten" und Korrespondenten habe die Sowjetunion eine große Zahl von Spionen zum Zwecke der Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieser Länder entsandt. Allein während der letzten zwei Jahre seien über 100 Mann sowjetischen Personals wegen derartiger Tätigkeiten aus Bolivien, Columbien, Costa Rica, Ecuador und anderen Ländern ausgewiesen worden. Auch habe Moskau versucht, die dortigen nationaldemokratischen Bewegungen unter seine Kontrolle zu bringen. Unter anderem versuchten die Sowjetrevisionisten auch, dort ihre Theorie vom friedlichen Übergang und vom "parlamentarischen Weg" zu verbreiten, hätten damit aber - der chilenische Militärputsch vom September 1973 sei der beste Beweis gewesen! - nur eine Niederlage eingesteckt (NCNA, 3.2.74).

d) TASS: Chinesischer Mißerfolg bei der Ausbildung von Naga-Rebellen

Im August 1973 hat die 1.500 Mann zählende Naga-Armee im indischen Nagaland ihre Waffen gestreckt und sich der indischen Regierung ergeben. Nach Meldung der Tass (englisch,

6.2.74) hat der Führer der Separatistenbewegung des Nagalands, Skato Swu, erklärt, Peking habe die Naga-Rebellen "mit Waffen und allem anderen" versorgt. Die Waffen hätten allerdings keine Herkunftskennzeichen getragen. Auch seien chinesische Instruktooren tätig gewesen.

China habe auch Einheiten im Gebiet des Chittagong-Gebirges im Kampf gegen Bangla Desh ausgebildet und mit Waffen versorgt.

Peking habe auch versucht, durch Ausbildung einzelner Stämme - u.a. der Naga, der Mizo, der Karen u.a., den Kampf gegen die Zentralregierung in Birma, Bangla Desh und Neu Delhi zu organisieren und ebenso wie der amerikanische Geheimdienst CIA Söldner für sich zu gewinnen.

e) Sowjetunion zu den Spratlys

Nach einer längeren Denkpause hat die Sowjetunion nur zögernd und indirekt das Vorgehen der Chinesen auf den Spratly-Inseln verurteilt.

"Die maoistischen Führer haben jetzt den Wert ihres Konzeptes über 200 sm breite Territorialgewässer gezeigt: Die Spratly-Inseln liegen ungefähr 200 sm - nur nicht von China - entfernt, sondern von den Philippinen und Malaysia. Ihre Entfernung von der chinesischen Küste ist ungefähr fünfmal so groß." (Neue Zeit, und Tass, 21.2.74, nach BPA).

## NORDAMERIKA

### (12) Visa meist nur für US-Chinesen

Erste Schätzungen über den Touristenverkehr zwischen China und Amerika gab ein Sprecher des amerikanischen Außenministeriums bekannt: Danach sind 6/8.000 US-Besucher in China gewesen und wenigstens 50-60% davon waren amerikanische Chinesen. Vom National Committee of United States China Relations verlautete, die Zahlen seien wahrscheinlich den 70% näher. Damit sind alle Reisen seit 1971 gemeint, als der Reigen mit dem Besuch einer amerikanischen Ping-Pong-Gruppe eröffnet worden war. Einen ersten Versuch für Kurzzeit-Tourismus hat die Volksrepublik zugelassen. Ende Februar machte das französische Linienschiff "France" in Hong Kong fest, Startpunkt für einen Abstecher nach Canton. 300 Amerikaner und 200 europäische Passagiere des Schiffes konnten 3 Tage lang chinesische Kommunen, Schulen und eine Fabrik für Ping-Pong-Ausstattung besuchen. Diese Tour, die vor Monaten in Paris arrangiert worden war, enthält die bei weitem größte Gruppe amerikanischer Touristen, die jemals nach 1949 aufs Festland gelangt sind. Dies scheint um so erstaunlicher, als eine wesentlich kleinere amerikanische Touristengruppe wegen der gegenwärtigen Kampagnen eine Ab sage erhalten hatte (IHT, 26.2.).

## LATEINAMERIKA

### (13) Exilchilenen kritisieren China

Der im Exil lebende Generalsekretär der Sozialistischen Partei Chiles, Carlos Altamirano, hat es "unverständlich" genannt, daß China und Rumänien noch diplomatische Beziehungen zur chilenischen Militärjunta unterhalten

(FAZ, 26.2.). Wohl, um ihren Diplomaten nicht weiter "zwei Herren dienen zu lassen", hat China inzwischen seinen in Chile stationierten Botschafter ausgetauscht.

## AFRIKA

### (14) Chinesische Lebensmittelhilfe an Äthiopien

Im äthiopischen Hafen von Assab am Roten Meer sind mehrere Tausend Tonnen Getreide für die von der Dürre in Nord- und Zentraläthiopien bedrohte Bevölkerung eingetroffen. Das Getreide wird vom Roten Kreuz der VR China dem Roten Kreuz Äthiopiens zur Verfügung gestellt (zum chinesischen Angebot, Waffen an Äthiopien zu liefern und damit eine Balance gegen das immer stärker von der Sowjetunion umarmte Somalia zu schaffen, vgl. C.a. 73/12 - Ü13).

### (15) Algeriens Präsident in China: Unterschiedliche Einschätzung der UdSSR

Nachdem eine chinesische Handelsdelegation unter der Leitung des Stellv. Außenhandelsministers Chou Hua-min am 16.2. zu einem Freundschaftsbesuch in Algerien eingetroffen war (NCNA, 16.2.), wurde am 23.2. in Algier das Handelsabkommen für 1974 unterzeichnet, das eine Steigerung des Handelsaustausches bewirken soll (Radio Algerien, 23.2., nach MD).

Am 25.2. traf Präsident Boumedienne in Peking ein, wo er von Chou En-lai und anderen Spitzenfunktionären empfangen wurde. Die Volkszeitung vom 25.2. begrüßte Algeriens Präsidenten mit einem Artikel, dem die folgenden Auszüge entnommen sind:

"Algerien verfolgt eine blockfreie Außenpolitik und kämpft entschieden gegen den Imperialismus, Kolonialismus, die Hegemoniebestrebungen, den Zionismus und Rassismus.... Algerien hat die gerechte Ansicht geäußert, daß das Mittelmeer den Küstenstaaten des Mittelmeeres angehört, und die Supermächte aufgefordert, von dort ihre Flotten abzuziehen.... Algerien unterstützt aktiv die nationalen Befreiungsbewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas und ihren Kampf um die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und Wahrung der Staatssouveränität. Darüber hinaus bemüht es sich konsequent um die Förderung und Festigung der Geschlossenheit der Länder der Dritten Welt und hat dazu einen wichtigen Beitrag geleistet.... Die IV. Konferenz der Staatsoberhäupter und Regierungschefs der blockfreien Länder, die im Vorjahr unter dem Vorsitz des Vorsitzenden Boumedienne stattfand, demonstrierte den Geist des vereinten Kampfes der Länder und Völker der Dritten Welt.... Seit einigen Jahren hat Algerien gemeinsam mit anderen Erdöl exportierenden Ländern um die Verteidigung der nationalen Ressourcen und der Staatssouveränität entschlossen gekämpft und bedeutende Siege errungen. Aber die Supermächte finden sich damit nicht ab. Unter dem Deckmantel der sog. "Energiekrise" suchen sie auf jede erdenkliche Weise diesen Kampf zu sabotieren. Die Erdöl exportierenden Länder fühlen sich immer noch vor einen ernsten Kampf gegen die Ausplünde-

rung, Ausbeutung und Kontrolle gestellt. Viele asiatische, afrikanische und lateinamerikanische Länder, die Rohstoffe exportieren, haben die gleichen Kampfaufgaben. Deshalb hat der jüngste Vorschlag des Vorsitzenden Boumedienne zur Abhaltung einer Sondersitzung der UNO-Vollversammlung, um über Rohstoffe und Entwicklung zu diskutieren, sofort einen umfangreichen Anklang gefunden. Die chinesische Regierung und das chinesische Volk unterstützen entschlossen den gerechten Kampf der Erdöl exportierenden Länder und stimmten diesem Vorschlag des Vorsitzenden Boumedienne zu."

Dies ist die erste Reise Boumediennes nach China, seit er 1965 an die Macht kam. Peking und Algier nahmen diplomatische Beziehungen nach der Unabhängigkeit Algeriens 1962 auf. Zwei Jahre später stattete der damalige Außenminister, Marschall Ch'en Yi, Algerien einen offiziellen Besuch ab, zum 10. Jahrestag der Revolution. Im folgenden Jahr war Ministerpräsident Chou En-lai in Algier. Im Oktober 1971 unterzeichneten beide Länder ein Handelsabkommen. Im Jahre 1970 machte das Handelsvolumen 10 Mio. US\$ aus und belief sich für das Jahr 1973 nach algerischer Statistik auf zwischen 28 und 26 Mio. US \$ (Le Monde, 28.2.74).

Die Reden von Chou En-lai und Boumedienne wichen in puncto Sowjetunion allerdings leicht voneinander ab. Während Chou En-lai die Sowjetunion zum Feind der Araber erklärte, verwies Boumedienne auf die Positiva der von China als heuchlerisch gebrandmarkten Entspannung zwischen den USA und der Sowjetunion (NCNA, 26.2.74), wenn er die Evolution der Ost-West-Beziehungen in Richtung auf Entspannung als einen wichtigen Faktor zur Stärkung des Friedens in bestimmten Teilen der Welt begrüßte (Le Monde, 27./28.2.74).

Wirtschaftlich stützt sich Algerien wesentlich mehr auf die Sowjetunion als auf China. 1971 z.B. hat Algerien für 242 Mio. Dinare an die Sowjetunion verkauft und für 224,6 Mio. importiert, während die gleichen Zahlen für China entsprechend 44,3 und 61,2 Mio. Dinare betragen.

Wie der zambische Präsident Kaunda wurde der algerische Präsident ebenfalls von Mao Tse-tung persönlich empfangen (NCNA, 24.2.74). Zu Staatsbesuchen wurden in der Folge Präsident Senghor von Senegal und Nyerere, Regierungschef von Tansania, in Peking angekündigt.

## ASIEN

### (16) Weitere Territorialprobleme

Nach dem Streit um die Sengaku-, die Paracel- und die Spratly-Inseln scheint es nun zu einem weiteren Streit zwischen China und seinen Nachbarstaaten um maritimes Territorium zu kommen: Am 30. Januar 1974 unterzeichneten die japanische und die südkoreanische Regierung in Seoul ein "Abkommen über die gemeinsame Entwicklung des Festlandssockels". In diesem Abkommen grenzen sie ein großes Gebiet des Festlandssockels im Ostchinesischen Meer als sog. japanisch-südkoreanische "gemeinsame Entwick-

lungszone" ab, in der Erdöl und Erdgas mittels gemeinsamer Anlagen ausgebeutet werden sollen.

Das Außenministerium erklärte dazu folgendes: "Die chinesische Regierung vertritt die Auffassung, daß es aufgrund des Prinzips, daß der Festlandsockel die natürliche Verlängerung des Kontinents ist, selbstverständlich ist, daß die Frage, wie der Festlandsockel im Ostchinesischen Meer einzuteilen sei, von China und den anderen interessierten Ländern durch Konsultationen entschieden werden sollte. Nun aber haben die japanische Regierung und die südkoreanischen Behörden am Festlandsockel im Ostchinesischen Meer hinter dem Rücken Chinas eine sog. japanisch-südkoreanische "gemeinsame Entwicklungszone" abgegrenzt. Dieser Akt ist ein Verstoß gegen die Souveränität Chinas, den die chinesische Regierung keinesfalls akzeptieren kann. Wenn die japanische Regierung und die südkoreanischen Stellen in diesem Gebiet eigenmächtige Entwicklungstätigkeiten durchführen, dann müssen sie für alle sich daraus ergebenden Folgen die volle Verantwortung übernehmen" (NCNA, 4.2.74).

#### **(17) Thailändischer Minister in China: Handel und Staatsbesuche Keine VRCh-Unterstützung für kommunistische Insurgenten**

Eine aus 14 Mitgliedern bestehende Delegation des Olympischen Komitees von Thailand, das von Verteidigungsminister Thawi Chunlasap geführt wurde, kam am 7. Februar zu einem Freundschaftsbesuch nach China, und zwar auf Einladung des Allchinesischen Sportbundes. Die Delegation wurde auf dem Flughafen von Mitgliedern des Bundes begrüßt. Schon im Dezember war die erste offizielle Delegation Thailands unter der Leitung des thailändischen Stellv. Außenministers nach Peking gekommen (C.a. 74/1-Ü22). Der Stellv. Außenminister Thailands erklärte vor Reportern, daß die Regierung der Nationalversammlung am 1. März eine Verordnung präsentieren wolle, um den Beschluß Nr. 53 der Revolutionspartei abzuschaffen, der den Handel mit China Restriktionen unterwarf. Das Kabinett habe zugestimmt. Das Kabinett diskutierte auch das Problem, wie der Handel mit China durchgeführt werde, so daß von dort importierte Güter keine Gegeneffekte auf Thailands Industrie haben würden, die noch in den Kinderschuhen stecke. Der Stellv. Außenminister sagte, daß, von einem politischen Gesichtspunkt her gesprochen, dieser Beschluß abgeschafft werden müsse, weil die politischen Realitäten Thailand und die Volksrepublik China aufriefen, engere Verbindung zu haben. China werde auf der anderen Seite seine Unterstützung in Thailand beenden. Ein so großes Land werde es nicht wagen, sein Versprechen zu brechen: 'Was Handels- und Wirtschaftsbeziehungen angeht, so müssen wir erforschen, wie weit sie geführt werden sollen.' Der Minister sagte, daß dieser Beschluß aufgehoben werden solle, bevor der Stellv. chinesische Außenminister Thailand besucht, 'auf unsere Einladung, damit China nicht das Gefühl hat, man komme, um einen Handel mit uns abzuschließen.' (Radio Bangkok, 23.2.74, nach SWB 25.2.74.)

Im einzelnen habe Chou zugesagt, die chinesische Unterstützung für Terroristen in Thailand sei ein "Ding der Vergangen-

heit"; doch müsse das gleiche auch für Truppenentsendungen von Thailand nach Laos gelten. China habe jetzt aufgehört, Waffen an andere kommunistische Länder in der Region zu liefern. China unterstütze nicht den Sender 'Stimme des Volkes von Thailand'; die Thais sollten 'ein Auge auf die Grenzsituation in Thailand' haben in dieser Beziehung. Chou habe ihn vor der sowjetischen Infiltration Südostasiens gewarnt, besonders was den geplanten Kra-Kanal angehe, der ein anderer Gefahrenpunkt werden könne, wie Suez oder Panama. Thailand habe das Kanalprojekt beiseitegeschoben (SWB, 20.2.74).

Chou habe die Änderung der Haltung Chinas damit begründet, daß die chinesische Regierung sich ganz dem Aufbau des eigenen Landes widmen wolle. Wörtlich habe ihm Chou En-lai im Gespräch gesagt: "China wird sich nicht mehr in die Angelegenheiten von Ländern in Ihrem Raum einmischen...." Von chinesischer Seite wurde zugegeben, daß Peking in der Vergangenheit Aufständische in Thailand und in Laos unterstützt habe. Als Begründung habe Chou die unfreundliche Haltung der thailändischen Militärregierung seit 1958 und den Kampf thailändischer Söldner in Laos aufseiten der Regierung in Vientiane angeführt. Der chinesische Ministerpräsident betonte, daß seine Regierung viel an der Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu Thailand liege und daß militärische Präsenz der Vereinigten Staaten in Thailand kein Hindernis für die Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen sei (NZZ, 18.2.74).

## AUSTRALIEN

### **(18) Whitlam empfiehlt Anerkennung Peking durch die Länder Südostasiens**

Der australische Regierungschef Whitlam hat seine Reise durch sechs südostasiatische Staaten beendet. Vor seinem Abflug in Manila erklärte er, seiner Ansicht nach sollten alle Staaten Südostasiens diplomatische Beziehungen zur VR China aufnehmen.

Australien selbst hatte die diplomatischen Beziehungen mit China im Dezember 1972 aufgenommen (Bericht über Whitlams Südostasienreise u.a. in FEER vom 18.2.74, S. 12 ff.)

## INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

### **(19) Keine Hilfe für das World-Food-Programm**

Die Sowjetunion, China und drei der wichtigsten Ölförderländer des Nahen Ostens ließen eine Aufforderung des UN-World-Food Programms vom 5.2.74 unbeantwortet. Es ging dabei um Deckung des Fehlbestandes von 130 Mio. US \$, die noch offen geblieben waren, nachdem andere Staaten (u.a. gaben die USA 140 Mio.) ihren Beitrag für das Nahrungsprogramm 1975/76 geleistet hatten.

Während 49 Staaten insgesamt 311 Mio. US \$ an Verpflichtungen übernahmen, gaben Saudi-Arabien, Kuwait, Libyen, Moskau und Peking keine Hilfe.

Das Nahrungsmittelprogramm begann 1963 und hat bisher 1,5 Mrd. US \$ für die Verbesserung der Landwirtschaft in verschiedenen Empfängerländern bereitgestellt (IHT, 7.2.74).

## Asien-Spiele

### (20) Keine Sanktionen wegen Taiwan

„Im Interesse der Entwicklung des Sports in Asien“ beschloß das Exekutivkomitee des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) in Lausanne einstimmig, den Asien-Spielen, die im September 1974 in Teheran zum 7. Male stattfinden sollen, nicht das Patronat zu entziehen.

Sanktionen des IOC gegen das Komitee der Asien-Spiele waren befürchtet worden, nachdem vor einigen Wochen Taiwan von diesen Spielen ausgeschlossen worden war, um der VR China, die nicht IOC-Mitglied ist und den Ausschluß Taipeis zur Bedingung gemacht hatte, die Teilnahme an den Asien-Spielen zu ermöglichen (Näheres zu diesem Fragenbereich vgl. auch in C.a. 74/1 Ü 53).

Der Internationale Schwimmverband (FINA) allerdings blieb im Falle der Teilnahme chinesischer Sportler an den Wettkämpfen in Teheran hart: Da China nicht der FINA angehört, ist ein Start chinesischer Schwimmer nicht erlaubt. Dr. Harold Henning, FINA-Präsident, bekräftigte in New York: „Die kürzliche Entscheidung des IOC kann als eine Wendung in der Politik des IOC angesehen werden, aber sie präzisiert nicht die Rolle der internationalen Fachverbände, die die sportlichen Wettkämpfe kontrollieren“.

Auch im Internationalen Leichtathletikverband (IAAF) ist eine ähnliche Stellungnahme ergangen, die Nichtmitglieder ausschließt (zitiert in FAZ, 16.2.74).

## INNENPOLITIK

### (21) „Fortschrittlichen“-Kongreß in Wuhan

Wie Radio Hupei am 20. Januar 1974 meldete, fand der „Wuhaner Kongreß der Sozialistischen Progressiven Kollektiv- und Progressiven Industriearbeiter“ für 1974 in der Zeit vom 10.-18. Januar triumphierend statt. Es war der größte Kongreß in Wuhan seit der Großen Proletarischen Kulturrevolution; 1.565 Delegierte nahmen daran teil ..... (SWB, 9.2.74).

Die Themen, die dabei erörtert wurden, gingen über den Rahmen des üblichen nicht hinaus: Man forderte die Teilnehmer dazu auf, sich den Geist des 10. Parteitages zu eigen zu machen, auf der Parteilinie zu bestehen usw.

Bisher hat es einen Kongreß dieser Art, zumindest aber dieser Bezeichnung, nicht gegeben. Offensichtlich ist von der Spitze in Peking eine Rahmenanweisung an die Provinzen ergangen, fortschrittliche Modelle zu propagieren. Die Provinz Hupei ist dabei offensichtlich mit gutem Beispiel vorgegangen. In den Zentralorganen wurde das Beispiel von Hupei allerdings noch nicht als vorbildlich hingestellt. Es wird abzuwarten sein, ob der „Fortschrittlichen“-Kongreß auch in anderen Provinzen sein Echo findet.

### (22) Bauernidol auf Rundreise

Ch'en Yung-kuei, Mitglied des Politbüros und Vorsitzender des Parteiausschusses der Modellbrigade Tachai, befindet sich z.Zt. auf einer Rundreise durch verschiedene chinesische Provinzen. U.a. hat er bisher Shantung, Anhui und Liaoning besucht.

Zweck dieser Rundreise ist es offensichtlich, die Modellvorstellungen der Produktionsbrigade Tachai in einer neuen persönlicheren Form zu propagieren.

### (23) Neue geballte Massenkampagne

Am 7. Februar hat die JMJP einen neuen Aufruf an die Bevölkerung zur klaren Stellungnahme im derzeitigen Kampf gegen die Kräfte der Reaktion erlassen. Die JMJP druckte dabei einen Leitartikel der „Roten Fahne“ nach, in der gegen überholte Ansichten und Haltungen aufgerufen wird. Die Kampagne läuft unter dem Schlagwort „Kritisiert Lin Piao, kritisiert Konfuzius“ (批林批孔).

Als Beispiel überholter Einstellungen, deren Bekämpfung Zweck der Kampagne ist, wurden erwähnt: Mißachtung der Frauen, Geringschätzung körperlicher Arbeiten sowie das Herabsehen auf die Massen der Arbeiter und Bauern.

Im engen Zusammenhang mit dieser Kampagne ist auch die Kritik an westlicher Musik sowie an Antonionis China-Film zu sehen.

Thesen über die Zielrichtung dieser Kampagne finden sich in C.a. 74/1 -S.807 ff. und 811 ff. (Artikel über eine Kampagne gegen „Lin Piao und Konfuzius“ waren allerdings schon vor dem 7.2. vereinzelt erschienen, u.a. in JMJP, 4.2.74; NCNA, 30.1., 31.1., 1.2., 3.2. und 4.2.74).

Auch am 16. Januar waren bereits vier verschiedene Artikel der Kritik an Lin Piao und Konfuzius erschienen. Am 2.2. schrieb JMJP, daß „unser großer Führer Mao Tse-tung die politische Massenkampagne der Kritik an Lin Piao und Konfuzius persönlich ins Leben gerufen hat“; ob jemand in der Grundsatzfrage der Kritik an Konfuzius und Lin Piao aktiv oder aber untätig ist, bilde einen Prüfstein für jeden leitenden Genossen (NCNA, 2.2.74).

Der neuerliche „Volkskrieg gegen die alte Ideologie, Kultur, Gewohnheiten und Bräuche der ausbeutenden Klassen“ ist, zumindest dem Ton nach, der schärfste seit der Kulturrevolution, die von 1966 - 1969 dauerte. Trotz der Dynamik, die hinter der neuen Kampagne steht, scheinen die Funken allerdings nicht so schnell auf die breiten Massen überzuspringen: Haben doch die meisten Arbeiter und Bauern niemals beispielsweise die Werke des Konfuzius gelesen. Viele Leser offizieller Zeitungen fühlen sich verwirrt durch die zahlreich eingestreuten archaischen Partikel des klassischen Chinesischen.

### (24) Zick-Zack-Karriere eines ehemaligen „Lin Piao-Mannes“

„CHINA aktuell“ hat in seiner Februar-Nummer (1974, 2-Ü 25) eine Meldung vom Wiederauftauchen des ehemaligen Außenhandelsministers Pai Hsiang-kuo gebracht. In der Zwischenzeit hat Pai sogar einen wichtigen Posten zuerteilt bekommen, nämlich die Stelle eines stellv. Direktors der Logistik-Abteilung